

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Das Problem Nummer 1 ist die Massenarbeitslosigkeit

In der BRD kam es im ersten Halbjahr 1978 zu gewerkschaftlichen Streikkämpfen, die deutlich werden ließen, daß sich das „soziale Klima rauher“ gestaltet und eine Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen eingetreten ist. Führende Kreise des DGB sprechen von einer der „härtesten Tarifrunden seit Bestehen der Bundesrepublik“. In den Kämpfen der Drucker und Setzer, der Hafenarbeiter und Bauarbeiter, der Metallarbeiter in Nordwürttemberg und Nordbaden sowie der Arbeiter in den Volkswagenwerken ging es nicht nur um Lohnfragen.

Bei unverminderter Bedeutung des Lohnkampfes, insbesondere infolge der anhaltenden inflationären Entwicklung, treten stärker Forderungen

nach sozialer Absicherung der Arbeiter und Angestellten bei Rationalisierung ins Zentrum der Tariffbewegung. Bei den sozialen Auseinandersetzungen in der Druckindustrie der BRD ging es ausschließlich um diese Problematik, um einen Tarifvertrag „Neue Technik“.

Den Hintergrund dafür bildet zweifelsohne die Tatsache, daß sich in der BRD die sozialpolitische Situation weiter zungunsten der Werktätigen verändert hat. Der Einschnitt erfolgte mit der zyklischen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1974/75, die nach einer längeren Zeit günstiger Beschäftigungsmöglichkeiten auch die Arbeiterklasse der BRD unmittelbar mit dem Problem Massenarbeitslosigkeit konfrontierte.

Ohne Beschäftigung trotz rauchender Schlotte

Viele illusionäre Vorstellungen über den Kapitalismus, die von bürgerlichen Zukunftsbildern über eine „Wohlstandsgesellschaft“ mit anhaltender „Vollbeschäftigung“ geprägt waren, wurden erschüttert. Dennoch blieb ein Fünkchen Hoffnung, die Konjunkturerwartungen. Die wirtschaftliche Entwicklung nach der zyklischen Krise vollzog sich jedoch in einer für die BRD bisher nicht gekannten widerspruchsvollen und qualvollen Weise. Qualvoll vor allem für die Werktätigen.

Zum sozialen Problem Nummer 1 wurde die anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Quelle dafür ist aber nicht mehr die zyklische Wirtschaftskrise mit sinkenden industriellen Zuwachsraten und Verringerung des Produktionspotentials, sondern vielmehr die Erhöhung des Produktionspotentials, die Erhöhung der Produktivität, insbesondere der Arbeitsproduktivität. Quelle ist, wie Erich Honecker in seiner Rede vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen hervorhob, die staats-

monopolistische Ausnutzung der technischen Potenz, die Millionen Menschen zur Arbeitslosigkeit verdammt.¹

In einer Zeit, da die Schlotte rauchen und die Profite der Konzerne steigen, hält in der BRD und in allen anderen kapitalistischen Industriestaaten die Massenarbeitslosigkeit unvermindert an. In der kapitalistischen Welt sind rund 17 Millionen Menschen zum Nichtstun verurteilt. 17 Millionen — das entspricht der Einwohnerzahl der drei nordischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden.

In der BRD gab es nach amtlichen Mitteilungen des Bundesarbeitsamtes in Nürnberg 1030000 offiziell registrierte Arbeitslose, 656 000 „stille Reserven“ (nichtregistrierte), 76000 Umschüler und 410000 abgewanderte ausländische Arbeitskräfte.

2172000 Werkstätige also wurden in der BRD arbeitslos, wissen nicht, wie es weitergehen, was aus ihnen werden soll. Besonders hart wird von der Arbeitslosigkeit die Jugend getroffen. In den neun EWG-Ländern sind zur Zeit über zwei Millionen Jugendliche — das ist jeder dritte der Arbeitslosen — ohne Arbeitsplatz und Lehrstelle und damit auch ohne gesicherte Zukunft.

Wenn das Thema Arbeitslosigkeit in den Massenmedien der BRD zur Sprache kommt — und man kann es nicht umgehen —, drücken alle „Offiziellen“ ihr „Bedauern“ aus. Gleichzeitig betonen sie, daß der Staat in „größzügiger Weise für eine materielle Absicherung“ bei Arbeitslosigkeit sorgen würde. Wie steht es mit dieser „Großzügigkeit“ in der BRD?